

# **Möglichkeiten und Grenzen des Standorts Schweiz**

Referat von

Jean-Pierre Roth

Präsident des Direktoriums der  
Schweizerischen Nationalbank

Generalversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Marketing  
Zürich, 24. Oktober 2006

---

Der Referent dankt Frau Dr. Eveline Ruoss, Leiterin der Organisationseinheit Konjunktur der Schweizerischen Nationalbank, Zürich, für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung dieses Referats.

## 1 Die Stimmung hat sich aufgehellt

Vor drei Jahren – im zweiten Halbjahr 2003 – hat in der Schweiz ein Konjunkturaufschwung eingesetzt. Zunächst noch zögerlich hat er sich mehr und mehr gefestigt. Die Stimmung ist heute in fast allen Branchen gut bis ausgezeichnet. Die Unternehmen investieren kräftig und weiten den Personalbestand aus. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich zurückgegangen. Für dieses Jahr rechnen wir mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandprodukts von knapp 3%, nach 1,9% im Jahre 2005 und 2,3% im Jahre 2004. Damit liegt das Wirtschaftswachstum in der Schweiz höher als in der Eurozone.

In Wirtschaft und Politik ist weit herum wieder Optimismus zu spüren. Dies steht in starkem Kontrast zu der bis vor kurzem noch negativen, ja geradezu depressiven Einschätzung der Wachstumsmöglichkeiten der schweizerischen Wirtschaft und der Schweiz als Wirtschaftsstandort. Und wie um den Stimmungswandel zu unterstreichen, rangierte das World Economic Forum (WEF) die Schweiz vor einem Monat auch noch auf den ersten Platz in der Hitparade der wettbewerbstärksten Länder!

Da mag sich mancher besorgt fragen, ob dieser Sinnes- und Stimmungswandel von Dauer sein wird oder ob wir uns an einem konjunkturellen Strohfeuer wärmen. Es besteht kein Zweifel, dass seit einiger Zeit positive Konjunkturkräfte am Werk sind. Die Weltwirtschaft prosperiert. Für die Schweiz besonders wichtig ist die wirtschaftliche Belebung in Europa, vor allem in Deutschland. Auch die monetären Rahmenbedingungen sind günstig. Zwar hat die Nationalbank ihre Geldpolitik schrittweise gestrafft. Die Zinssätze sind aber immer noch tief. Dazu kommt der Rückgang des realen exportgewichteten Wechselkurses des Frankens, der die preisliche Konkurrenzfähigkeit der Exportwirtschaft verbessert hat.

Wir müssen damit rechnen, dass der Konjunkturaufschwung in den nächsten Quartalen etwas an Dynamik verliert. Zum einen lassen die Impulse aus dem Ausland voraussichtlich nach. Zum anderen dürfte die Straffung der Geldpolitik die wirtschaftliche Dynamik tendenziell dämpfen. Diese Straffung, die momentan im Inland wie im Ausland im Gange ist, braucht es, um mittel- und langfristig Preisstabilität zu sichern.

Die meisten Wirtschaftsforschungsinstitute wie auch die Nationalbank rechnen für das nächste Jahr mit einem Wirtschaftswachstum in der Schweiz in der Grössenordnung von 2%. Die erwartete Wachstumsverlangsamung scheint indessen keine Besorgnis auszulösen. Gespräche mit Unternehmen zeigen, dass eine Normalisierung des Wachstumstempos oftmals nicht unerwünscht ist. Die Kapazitäten sind voll ausgelastet, so dass die Produktion kurzfristig nicht mehr stark gesteigert werden kann.

Die anhaltende Zuversicht ist aber möglicherweise auch das Zeichen eines tieferen Stimmungswandels. Lange Zeit sahen wir vor allem die Grenzen des Standortes Schweiz. Seit einiger Zeit scheinen wir vermehrt auch wieder die Möglichkeiten zu erkennen, aus der Schweiz heraus nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu schaffen. Dazu beigetragen haben zweifellos die Erfolge der Schweizer Unternehmen auf dem Weltmarkt. Sie haben die Chancen der Globalisierung ergriffen und expandieren weltweit. Von den insgesamt gut 6 Mio. Personen, welche schweizerische Unternehmen und ihre Tochtergesellschaften insgesamt beschäftigen, arbeitet mittlerweile knapp ein Drittel im Ausland. Aber auch im Bereich der Wirtschaftspolitik ist einiges in Gang gekommen, was sich auf den Standort Schweiz und das langfristige Wirtschaftswachstum günstig auswirken dürfte.

Ich werde im Folgenden nicht allen Aspekten des Wirtschaftsstandorts Schweiz nachgehen. Vielmehr möchte ich mich auf zwei Themen konzentrieren. Wie Sie von einem Vertreter der Nationalbank wohl erwarten, geht es als erstes um einen traditionellen Standortvorteil der Schweiz, nämlich die Preisstabilität. Ich möchte unter anderem zeigen, welche Implikationen Globalisierung und verstärkter Wettbewerb für die Geldpolitik haben. Ausgehend von der Überzeugung, dass ein funktionierender Wettbewerb zentral ist für die Prosperität eines Wirtschaftsstandorts, befasse mich dann im zweiten Teil mit dem aktuellen Stand der Wirtschaftsreformen in der Schweiz. Mit ein paar generellen Überlegungen schliesse ich das Referat.

## **2 Der Wettbewerb unterstützt die Geldpolitik**

Der wichtigste Beitrag einer Zentralbank zum Wirtschaftsstandort und damit zu den Wachstumsmöglichkeiten eines Landes besteht darin, für Preisstabilität zu sorgen. Diese Einsicht hat sich in den letzten zwanzig Jahren durchgesetzt. Sie ist heute nicht mehr umstritten. Auf dem Boden dieses Konsenses konnten die Zentralbanken ihre Geldpolitik entschlossener führen und die Inflation dauerhaft senken. Dies gilt sowohl für die Industrieländer als auch für die aufstrebenden Volkswirtschaften und die Entwicklungsländer. Der Erfolg lässt sich sehen. In den Industrieländern betrug die Inflationsrate zwischen 1995 und 2005 durchschnittlich noch knapp 2%, nach fast 9% in den Jahren 1975 bis 1985. Noch eindrücklicher ist der Inflationsrückgang in der übrigen Welt. So beträgt die durchschnittliche Inflationsrate in den aufstrebenden Volkswirtschaften und in den Entwicklungsländern heute weniger als 10%, nachdem sie Anfang der neunziger Jahre mancherorts noch im zwei- und dreistelligen Bereich gelegen hatte.

Von grosser Bedeutung für den Erfolg der Geldpolitik waren die in den 1990er Jahren in den meisten Ländern erfolgten Reformen im Bereich des Zentralbankwesens. Meistens standen drei Punkte im Vordergrund. Erstens wurde die Geldpolitik klar auf die Preisstabilität fokussiert. Zweitens stärkte man die Unabhängigkeit der Zentralbanken, um sie vor Pressionen seitens der Regierung und des Parlaments abzuschirmen. Drittens wurde die Rechenschaftspflicht der Zentralbanken ausgebaut.

Diese drei Anliegen standen auch im Mittelpunkt der Revision des Gesetzes über die Schweizerische Nationalbank, die Ende der neunziger Jahre an die Hand genommen wurde. Das neue Nationalbankgesetz ist seit Mai 2004 in Kraft. Es umschreibt Auftrag, Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht der Nationalbank auf eindeutige Weise und bildet so eine klare institutionelle Grundlage für die schweizerische Geldpolitik. Bereits früher, Anfang 2000, hatten wir unser geldpolitisches Konzept geändert. Wir wollten damit die Transparenz der Geldpolitik erhöhen – mithin das Marketing der Geldpolitik verbessern. Zum einen wollten wir Klarheit schaffen über unser Hauptziel – die Preisstabilität. Es lag uns aber auch daran, unsere geldpolitische Orientierungsgrösse verständlicher zu machen und damit die Kommunikation der Geldpolitik zu erleichtern. Im Mittelpunkt unserer geldpolitischen Strategie steht seither eine mittelfristige Inflationsprognose, die den geldpolitischen Handlungsbedarf signalisiert. Den geldpolitischen Entscheid selber kommunizieren wir über die Festlegung eines Zinsbandes für einen kurzfristigen Zinssatz, den Dreimonats-Libor.

Preisstabilität nützt der Wirtschaft und der Gesellschaft. Das kräftige Wachstum der Weltwirtschaft der letzten Jahre hat eindrücklich gezeigt, dass wirtschaftliche Prosperität und tiefe Inflationsraten keine Gegensätze sind.

Der volkswirtschaftliche Nutzen der Preisstabilität lässt sich zwar nicht leicht quantifizieren, was bei den Zentralbankökonomern für eine gewisse Frustration sorgt. Aber auch ohne genaue Quantifizierung liegen die Vorteile der Preisstabilität für die Haushalte und die Unternehmen auf der Hand.

Inflation verursacht volkswirtschaftliche Kosten. So zeigen beispielsweise Umfragen und empirische Untersuchungen, dass die Unternehmen ihre Preise bei Inflation häufiger anpassen müssen als bei tiefer Inflation oder stabilem Preisniveau. Tun sie das nicht, so bildet sich der reale Preis ihres Produktes zurück und die Profitabilität des Unternehmens nimmt ab. Preisanpassungen sind aber aufwendig, und zwar nicht nur deshalb, weil etwa Preisschilder gewechselt oder Menükarten neu gedruckt werden müssen. Kunden müssen orientiert werden, der neue Preis muss begründet und das Marktumfeld neu eingeschätzt

werden. Tiefe Inflationsraten oder Preisstabilität sparen deshalb Mühen und Zeit, welche ein Unternehmen besser in andere unternehmerische Aktivitäten wie Innovation, Strategie – oder Marketing – investiert.

Natürlich ist das nicht die einzige Form volkswirtschaftlicher Kosten, die durch die Inflation entsteht. Wahrscheinlich ist sie auch nicht die wichtigste. Aber lassen Sie mich kurz beim Preissetzungsverhalten der Unternehmen bleiben. Ein zweiter wichtiger Bestimmungsfaktor für das Preissetzungsverhalten ist – neben der Inflation – der Grad der Wettbewerbsintensität. Wettbewerb macht Preise und Löhne flexibler. In einem kompetitiven Markt passen die Firmen die Preise mit anderen Worten rascher an als bei schwacher Konkurrenz. Als Folge von Globalisierung und Deregulierung hat der Wettbewerb auf den Güter- und Arbeitsmärkten in den letzten Jahren weltweit stark zugenommen. Das Leben eines Unternehmers ist dadurch zweifellos nicht einfacher geworden. Das Leben eines Zentralbankers hat sich demgegenüber vereinfacht! So sieht dies zumindest einer der führenden Ökonomen, Kenneth S. Rogoff<sup>1</sup>.

Den Grund dafür sieht Rogoff beim stärker gewordenen Wettbewerb, der das politische Umfeld, in dem die Zentralbanken operieren, verändert hat. Je flexibler die Preise sind, desto weniger lässt sich mit Geldpolitik das reale Wirtschaftswachstum beeinflussen. Als Folge davon sinkt der Anreiz für die Zentralbanken, eine expansive Geldpolitik zu betreiben – oder für die Politiker, die auf die Zentralbanken Einfluss nehmen wollen, eine solche zu fordern. Im Endergebnis steigt die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik: Die Märkte glauben nun eher, dass die Zentralbanken tatsächlich eine stabilitätsorientierte Geldpolitik verfolgen wollen und nicht nur darüber sprechen. Zu diesem Erklärungsansatz passt gut, dass die Preisschübe beim Erdöl und bei den Rohwaren, die wir in den letzten Jahren gesehen haben, nicht zu höheren Inflationserwartungen geführt haben. Dies war in den 1970er und 1980er Jahren noch ganz anders.

Der hohe Grad an Preisstabilität und – damit verbunden – das im internationalen Vergleich tiefe Zinsniveau ist ein alter Standortvorteil der Schweiz. Wie gesagt, haben andere Länder auf diesem Gebiet inzwischen grosse Fortschritte erzielt. Unser Vorsprung ist damit kleiner geworden.

Lassen Sie mich darlegen, weshalb ich diese Entwicklung dennoch gut finde:

---

<sup>1</sup> Kenneth S. Rogoff (2003), Globalization and Global Disinflation, Monetary Policy and Uncertainty: Adapting to a Changing Economy, A Symposium Sponsored by The Federal Reserve Bank of Kansas City, Jackson Hole, Wyoming (August), S. 77-112.

Die noch Anfang der neunziger Jahre in vielen Ländern schwach verankerte Glaubwürdigkeit der Geldpolitik war einer der Gründe für immer wieder auftretende Währungsprobleme. Dabei pflegte sich der Franken jeweils vorübergehend stark aufzuwerten. Dies stellte für viele schweizerische Unternehmen eine massive Belastung dar. In den letzten Jahren waren wir kaum mehr mit solchen Problemen konfrontiert. Der allgemeine Rückgang der Inflationsraten und die klare Ausrichtung der meisten Länder auf das Ziel der Preisstabilität haben dazu wesentlich beigetragen.

Mit Blick auf den Euro war in letzter Zeit sogar von einer Frankenschwäche die Rede. In der Tat liegt der Franken zur Zeit mit 1,58/1,59 Franken pro Euro nahe beim Stand, als der Euro eingeführt wurde. Da die Teuerung in der Schweiz in den letzten Jahren stets tiefer lag als in der Eurozone, wertete sich der Franken im Vergleich zum Euro somit real ab. Wir beobachten die Entwicklung des Frankenkurses aufmerksam, da ein schwächerer Franken unsere Importe verteuert. Grundlegende Faktoren sprechen nach wie vor für den Franken. Dazu zählen die im internationalen Vergleich tiefe Inflationsrate wie auch die steigenden Ertragsbilanzüberschüsse und die Verbesserung unserer Staatsfinanzen.

Verstärkter Wettbewerb und Deregulierung haben auch in der Schweiz Bewegung ins Preisgefüge gebracht, die den Konsumenten zusätzliche Kaufkraft verschafften. Ein erstes Beispiel ist die Preisentwicklung im Telekommunikationsbereich. Nach der Öffnung des Festnetztelefonmarktes und des Mobilfunkbereichs für Konkurrenten kamen die Preise für Kommunikationsdienstleistungen massiv ins Rutschen. Aber auch im Bereich der Landwirtschaft hat sich einiges verändert. Seit der Verlagerung von der Preisstützung zu Direktzahlungen an die Landwirte sind die Preise vieler Agrarprodukte gesunken und flexibler geworden.

Geradezu ein Lehrbeispiel für die Wirkungsweise von Wettbewerb ist die jüngste Entwicklung im Detailhandel. Hier hat der bevorstehende Markteintritt der beiden Hartdiscounter Aldi und Lidl dazu geführt, dass die schweizerischen Grossverteiler ihre Preise auf Teilen des Sortiments senkten und neue, billigere Produktlinien kreierten. Gleichzeitig hat die drohende Konkurrenz aus dem Ausland den Blick des Detailhandels für die Wettbewerbsrestriktionen in der Schweiz geschärft. Die kürzlich geschaffene Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz fordert unter anderem raschere Agrarreformen, ein umfassendes Agrar-Freihandelsabkommen mit der EU, Parallelimporte patentgeschützter Güter sowie die Einführung des sogenannten Cassis-de-Dijon Prinzips, um technische Handelshemmnisse abzubauen.

Der verstärkte Wettbewerb hat dazu beigetragen, dass die Teuerung und die Inflationserwartungen gering geblieben sind. Dies wiederum hat es uns erleichtert, bei der Straffung der Geldpolitik langsam voranzuschreiten. Wir gehen zudem davon aus, dass der verstärkte Wettbewerb auf dem Binnenmarkt die Preise flexibler gemacht hat. Dies dürfte dazu beitragen, dass die Wirkungsverzögerung der Geldpolitik kürzer wird, was tiefere volkswirtschaftliche Kosten der Inflationsbekämpfung zur Folge hat. Die Nationalbank hat sich deshalb stets für mehr Wettbewerb, Deregulierung und eine möglichst freie Preisbildung eingesetzt.

Wettbewerb ist der Motor jeder Marktwirtschaft. Die Förderung des Wettbewerbs ist deshalb ein wirksames Mittel, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes zu erhöhen und es damit langfristig als Wirtschaftsstandort attraktiv zu machen. Auch wenn es Anzeichen gibt, dass der Wettbewerb bei uns heute besser spielt als noch vor einigen Jahren, besteht immer noch grosser Handlungsbedarf. Die bestehenden Marktkräfte, die beispielsweise von der Globalisierung ausgehen, reichen allein nicht. Dort, wo die Wirtschaftspolitik die Strukturen zementiert hat, braucht es zwingend Reformen.

Im folgenden möchte ich auf einige Entwicklungen im Bereich der Wirtschaftsreformen näher eingehen. Ich orientiere mich dabei am sogenannten Wachstumspaket, das der Bundesrat im Jahre 2004 verabschiedet hat. Der Bundesrat verspricht sich von seiner Realisierung ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozentpunkten pro Jahr während zehn Jahren. Dies scheint auf den ersten Blick nicht viel zu sein. Genauer betrachtet handelt es sich immerhin um eine Steigerung des bisherigen Trendwachstums in der Schweiz um fast einen Drittel. Es lohnt sich deshalb zu schauen, in welchen Bereichen Fortschritte erzielt worden sind. Dabei werde ich nicht auf alle 17 Massnahmen des Pakets eingehen, sondern mich auf einige zentrale Punkte konzentrieren.

### **3 Reformen bringen mehr Wachstum**

#### ***3.1 Das Binnenmarktprogramm schreitet voran***

Das Binnenmarktprogramm umfasst die erste Massnahmengruppe des Wachstumspakets. Es hat zum Ziel, den Wettbewerb zu stärken und sagt der Hochpreisinsel Schweiz den Kampf an.

Zuoberst steht die Revision des Binnenmarktgesetzes. Das Binnenmarktgesetz aus dem Jahre 1995 hat die Erwartungen nicht erfüllt. Das Hauptziel, einen einheitlichen Markt Schweiz zu schaffen, scheiterte an den Kantons- und Gemeindegrenzen. Seit dem 1. Juli dieses Jahres ist das revidierte Binnenmarktgesetz in Kraft. Es gewährleistet ausdrücklich

die freie Berufsausübung in der gesamten Schweiz und erteilt der Wettbewerbskommission ein Beschwerderecht. Bereits vor zwei Jahren ist das Kartellgesetz verschärft worden. Auch hier ging es darum, das ursprüngliche Gesetz aus dem Jahre 1995 wirksamer zu machen, indem unter anderem bei Verstössen gegen das Kartellgesetz Sanktionen eingeführt wurden. Wettbewerbsbeschränkungen sollen dadurch effizient bekämpft werden können.

Ein rechtes Stück vorangekommen ist die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes, die im Jahre 2002 in der Volksabstimmung gescheitert war. Durch die Liberalisierung sollen die hohen Stromkosten, die für die schweizerische Wirtschaft einen erheblichen Wettbewerbsnachteil darstellen, gesenkt werden. In der diesjährigen Herbstsession der eidgenössischen Räte hat der Ständerat dem neuen Stromversorgungsgesetz zugestimmt. Die Marktöffnung soll in zwei Etappen erfolgen, zuerst für die Grossverbraucher, dann auch für das Kleingewerbe und die privaten Haushalte. Der politisch breit abgestützte Kompromiss soll sicher stellen, dass die Öffnung diesmal gelingt.

Gewichtige Reformen stehen im Rahmen der Agrarpolitik 2011 bevor, die im Jahre 2008 in Kraft treten soll. Das Hauptziel besteht darin, die Produktivität der schweizerischen Landwirtschaft zu erhöhen und das hohe Preisniveau für landwirtschaftliche Produkte zu senken. Der Agrarsektor soll damit auch im internationalen Vergleich wettbewerbsfähiger werden. Konkret sollen die Massnahmen zur Marktstützung massiv abgebaut und die Exportsubventionen völlig abgeschafft werden. Bedeutende Impulse für die Agrarreform 2011 gingen von der Doha-Verhandlungsrunde der WTO aus. Die Doha-Runde scheiterte in diesem Sommer. Zu hoffen ist, dass dies die Modernisierung der schweizerischen Landwirtschaft nicht ins Stocken bringt.

### **3.2 *Der Produktionsstandort wird attraktiver***

Eine zweite Gruppe von Massnahmen des Wachstumspaketes hat zum Ziel, den Produktionsstandort Schweiz zu fördern. Dies kann unter anderem durch die Begrenzung der staatlichen Abgabenlast und die Optimierung der Staatstätigkeit getan werden.

Ein zentrales Anliegen ist die Sanierung des Bundeshaushaltes. Der massive Anstieg der Bundesschulden in den 1990er Jahren war der Hauptgrund für die stark wachsende öffentliche Verschuldung der Schweiz. Die Schweiz wurde bezüglich Staatsquote und Staatsschulden Mittelmasse. Seither ist einiges geschehen. Ein wichtiger Schritt war die im Jahre 2001 in die Verfassung aufgenommene Schuldenbremse. Sie erwies sich als wirksames Mittel, um die Haushaltsdisziplin auf Bundesebene durchzusetzen. Der



schwierige Prozess einer nachhaltigen Sanierung des Bundeshaushalts beginnt aber erst. Der Bund sieht dafür eine Reihe von Massnahmen vor. Dazu zählt die systematische Prüfung sämtlicher Aufgabenkategorien des Bundes auf ihre Notwendigkeit und Effizienz hin. Klar ist auch, dass bei einzelnen Aufgabengebieten tief greifende strukturelle Reformen nötig sind. Dazu gehört in erster Linie die finanzielle Sanierung der Sozialversicherungen.

Auf der Traktandenliste des Wachstumspakets steht auch eine Reform der Unternehmenssteuern. Das Ziel besteht darin, Unternehmen – unabhängig von ihrer Rechtsform – steuerlich möglichst gleich zu behandeln. Unter anderem soll das Risikokapital steuerlich entlastet werden, indem die wirtschaftliche Doppelbelastung verringert wird, die als Folge der Besteuerung sowohl der Gewinne als auch der Dividenden entsteht. Von der steuerlichen Entlastung der Investoren erhofft sich der Bundesrat eine Stimulierung der Investitionen. Änderungen auf dem Gebiet der Steuern haben es allerdings oft schwer. Effizienzüberlegen stehen Gerechtigkeitsüberlegungen gegenüber. Der Unternehmenssteuerreform droht denn auch das Referendum.

### **3.3 *Das Arbeitspotenzial weitet sich aus***

Neben den stabilen monetären Rahmenbedingungen gehört der flexible Arbeitsmarkt zu den Trumpfkarten der Schweizer Volkswirtschaft. Dies wird auch immer wieder von den Assessoren der OECD und des IWF hervorgehoben. Lob ernten vor allem die zweckmässige Regelung des Kündigungsschutzes und die dezentralen Lohnverhandlungen, die beide zum hohen Beschäftigungsgrad in der Schweiz beitragen.

Demgegenüber war die Enge des schweizerischen Arbeitsmarktes lange Zeit ein Problem. Mit der Einführung der Personenfreizügigkeit gegenüber der EU15 und der EFTA im Jahre 2002 hat sich dies deutlich verbessert. Unter dem Stichwort Ausweitung des Arbeitsangebots sieht das Massnahmenpaket des Bundes die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitgliedstaaten vor. Im letzten Jahr hat das Stimmvolk dazu Ja gesagt. Die bisherigen Erfahrungen mit der Öffnung des schweizerischen Arbeitsmarktes sind positiv. Es bestätigt sich, dass die Schweiz insbesondere ein attraktiver Arbeitsort für gut ausgebildete Arbeitskräfte aus der EU ist. Das befürchtete Lohn- und Sozialdumping blieb aus. Gleichzeitig scheinen aber auch die flankierenden Massnahmen, welche der Bundesrat als Schutz vor Lohn- und Sozialdumping eingeführt hat, die Flexibilität des schweizerischen Arbeitsmarktes bis anhin nicht zu beeinträchtigen.

Mit der Personenfreizügigkeit steigt das Arbeitspotenzial der Schweiz. Ein Breitenwachstum, hervorgerufen durch eine blosse Vergrösserung der Erwerbsbevölkerung, bedeutet aber nicht automatisch eine Erhöhung des Einkommens pro Kopf der Bevölkerung. Nötig ist auch ein verstärktes Wachstum der Arbeitsproduktivität. Dafür gibt es kein Wundermittel. Erreichbar ist dies nur durch eine Vielzahl von Massnahmen, welche uns letztlich dazu bringen, effizienter und innovativer zu arbeiten. Dazu nötig sind auch Investitionen in das Bildungssystem. Unser Bildungssystem galt lange Zeit als hervorragend, namentlich im Volksschulbereich und bei der berufsbegleitenden Ausbildung. In den letzten Jahren hat dieses Bild ein paar Kratzer abbekommen. Die Schweiz schnitt beispielsweise bei den PISA-Tests nicht besonders gut ab. Kritisiert wird auch die im internationalen Vergleich tiefe Quote von Hochschulabsolventen. Das schweizerische Bildungssystem muss daher kritisch überprüft werden.

Im Frühling dieses Jahres stimmte das Volk grundsätzlich der Schaffung eines einheitlichen Bildungsraumes Schweiz zu. Bund und Kantone sind aufgefordert im ganzen Bildungsbereich, von der Volks- bis zur Hochschule, zusammenzuarbeiten und gewisse Elemente wie Schuleintrittsalter, Dauer der Ausbildung und Anerkennung von Abschlüssen landesweit zu harmonisieren. Harmonisierung bedeutet noch nicht automatisch eine Steigerung der Qualität. Ich sehe aber den positiven Ausgang der Volksabstimmung vor allem als Zeichen, dass das Stimmvolk den Reformbedarf im Bildungsbereich erkannt hat.

#### **4 Was bleibt zu tun? – Schlussbemerkungen**

Der Bundesrat beurteilt die Fortschritte des Wachstumspakets zuversichtlich. Einige wichtige Vorhaben sind inzwischen erreicht. Andere sind zwar noch nicht unter Dach und Fach, doch stehen die Chancen gut, dass sie verwirklicht werden. Dazu kommen Reformprojekte, die nicht zum Wachstumspaket des Bundesrates im engeren Sinne gehören, aber ebenfalls in Angriff genommen worden sind. Ich denke beispielsweise an die Reform der Familienbesteuerung. Dadurch soll die hohe Steuerbelastung erwerbstätiger Ehepaare gesenkt und unter anderem der Anreiz für Frauen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, erhöht werden.

Vor uns stehen allerdings auch noch wichtige, politisch aber heikle Reformvorhaben im Sozialbereich. Es dürfte sich als eine der grössten Herausforderung erweisen, unsere Stimmbürger von der Notwendigkeit dieser Reformen zu überzeugen. Für den Erfolg dieser Bemühungen wird ein wohl überlegtes Marketing von grosser Bedeutung sein.

Wie Sie gemerkt haben, gehöre ich klar zu den Befürwortern von mehr Wachstum. Der Anstieg des Lebensstandards wird langfristig durch das Wachstum der Produktivität bestimmt. "Produktivität ist nicht alles, in der langen Frist ist sie aber fast alles", sagt Paul Krugman, ein anderer führender Ökonom<sup>2</sup>. Oder anders ausgedrückt: Wollen wir langfristige wirtschaftliche Herausforderungen lösen, dann müssen wir beim Produktivitätswachstum ansetzen. Eine solche Herausforderung stellt die demographische Alterung der Bevölkerung dar, mit der wir in den nächsten Jahrzehnten konfrontiert sein werden. Mehr Wachstum ist meines Erachtens der weitaus beste Weg, um mit dem Wandel fertig zu werden. Davon abgesehen stellt Wirtschaftswachstum auch das einzige Mittel dar, um den Wohlstand der breiten Bevölkerung zu erhöhen.

Können wir das Wirtschaftswachstum beliebig erhöhen? Bestimmt nicht.

Wirtschaftliche Realitäten wie die Verfügbarkeit von Arbeitskräften und ihr Ausbildungsstand, das Tempo der Kapitalbildung und der technische Fortschritt geben die Grössenordnung vor. Auch gilt es zu berücksichtigen, dass die Schweiz bereits ein sehr reiches Land ist. Andere Bedürfnisse gewinnen an Bedeutung. Dazu gehört beispielsweise der Wunsch nach kürzerer Arbeitszeit, mehr Ferien, früherer Pensionierung. Dagegen lässt sich nichts einwenden, solange man sich im Klaren ist, dass es auf wirtschaftlichem Gebiet keinen "free lunch" gibt. Mit anderen Worten: Wenn wir früher in den Ruhestand wollen und dennoch im Alter einen hohen Lebensstandard geniessen möchten, dann müssen wir alles tun, um die Produktivität der arbeitenden Bevölkerung zu steigern. Es gilt also die wirtschaftlichen Fesseln zu lockern, indem wir für möglichst wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen sorgen. Damit sind wir wieder beim Wettbewerb und den Reformen.

Für manchen erfolgt der Reformprozess in der Schweiz vermutlich nach wie vor zu langsam. Zwar würde man sich auf einigen Gebieten tatsächlich ein rascheres Tempo wünschen. Wichtiger scheint mir indessen, dass der Reformkurs beibehalten wird. Mehr als schade wäre es, wenn wir infolge der aktuellen guten Konjunkturlage nachlässig würden. Reformen sind unausweichlich. Besser führen wir sie in guten wirtschaftlichen Verhältnissen durch als in Zeiten schlechter Konjunktur.

Die Erfolge, welche die Wirtschaft in den letzten Jahren erzielte, sollten uns Mut machen. Unsere Unternehmen sind mit der globalen Herausforderung ausgezeichnet fertig geworden. Sie sind weltweit präsent und beweisen tagtäglich ihre hohe Leistungs- und Innovationskraft. Aber auch im Inland gibt es Grund für Optimismus. Gespräche mit Unternehmen zeigen, dass das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Schweiz gross ist

---

<sup>2</sup> Paul Krugman (1992), The Age of diminished expectations, The US Policy in the 1990s, MIT Press

und die Vorzüge unseres Landes erkannt werden. Mut zum Wandel hat auch das Stimmvolk bewiesen. Mit der Zustimmung zur Personenfreizügigkeit hat es Ängste beiseite geschoben und gezeigt, dass es die Chancen einer Öffnung nutzen will. Wenn es gelingt, die noch vor uns stehenden Reformvorhaben zu verwirklichen, haben wir die Chance, das Wirtschaftswachstum über den Konjunkturaufschwung hinaus auf ein höheres Niveau zu heben. Es gilt also, den gegenwärtigen Schwung auszunutzen und auch die heikleren Probleme anzupacken.